

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photo: © Albin Hillert/WCC

Papst Franziskus hat bei einer gemeinsamen Andacht mit Vertretern des Weltkirchenrats (OeRK) in Genf zur Überwindung des Lagerdenkens in der Ökumene aufgerufen. „Es war mein Wunsch, als Pilger auf der Suche nach Einheit und Frieden hierherzukommen“, sagte er beim ersten Besuch eines Papstes beim Weltkirchenrat seit mehr als drei Jahrzehnten. Vor ihm besuchten seine Vorgänger Paul VI. und Johannes Paul II. das Genfer Ökumenezentrum.

Papst beim Weltkirchenrat: Zeichen für Zusammengehörigkeit

Papst Franziskus und Vertreter des Weltkirchenrats haben in Genf zum gemeinsamen Einsatz aller Christen für Gerechtigkeit und Frieden in der Welt aufgerufen. Zugleich betonten sie die Fortschritte in der Zusammenarbeit der Kirchen.

Anlass des eintägigen Besuchs am 21. Juni war die Gründung des Weltkirchenrats vor 70 Jahren. Ökumene sei „ein großes Verlustgeschäft“, sagte Franziskus bei einer gemeinsamen Andacht. Um der Einheit willen gelte es, eigene Zwecke aufs Spiel zu setzen, „die oftmals eng an ethnische Zugehörigkeiten oder überkommene Vorstellungen gebunden sind, seien sie mehrheitlich ‚konservativ‘ oder ‚fortschrittlich‘“, so der Papst.

Er sprach von einer „heimtückischen Versuchung“ im Dialog der Kirchen, „miteinander zu gehen, aber in der Absicht, irgendein Eigeninteresse durchzusetzen“. Für die Kirchenspaltungen und das „elende Scheitern“ früherer Anläufe in der Ökumene machte Franziskus weltliches Machtdenken unter Christen verantwortlich. Ökumene könne jedoch nicht gelingen, wenn man das Eigene retten wolle.

Der Papst rief auch zum Einsatz für die Schwachen auf und erinnerte an leidende Christen im Nahen Osten. Zugleich unterstrich er, die christliche Botschaft dürfe nicht auf „diesseitigen Humanismus“ reduziert werden. Ökumene und Mission müssten wieder enger verbunden sein. Bereits jetzt bestünden viele Gemeinsamkeiten zwischen den Konfessionen, betonte Franziskus unter Hinweis auf Gebete, Evangelisierung und den Dienst an anderen Menschen.

Der Besuch des Papstes sei ein „Meilenstein“ und eine Ermutigung, in der Ökumene weiter voranzugehen, betonte der Generalsekretär des OeRK, der lutherische Pastor Olav Fykse Tveit.

Nächste OeRK-Vollversammlung: Karlsruhe 2021

Die nächste Vollversammlung des Weltkirchenrates findet in Deutschland statt. Das hat der Zentralausschuss des OeRK auf seiner diesjährigen Tagung beschlossen.

Im Jahr 2021 wird auf Einladung der Evangelischen Kirche in Deutschland die Stadt Karlsruhe die Mitglieder des Weltkirchenrates für ihre Vollversammlung beherbergen.

Die Zusammenkunft findet nur alle acht Jahre statt, auf ihr wird das Präsidium des

AUS DEM INHALT

Flüchtlinge:
EKD will mit Vatikan für
Seenotrettung eintreten

Indien:
Kirchen für Entkriminalisierung
gleichgeschlechtlicher Beziehungen

Südkorea:
Alternativer Dienst für
Kriegsdienstverweigerer

Oekumenischer Patriarch:
Klimawandel größte Bedrohung
für Umwelt

Kritische Schwelle:
Auf dem Weg in die „Heißezeit“?

Klimawandel:
OeRK untersucht gerechte
Transformation

Arm und Reich:
Steuern auf Landbesitz und
Erbschaften können Ungleichheit
verringern

Aus Netzen und Bewegungen

Rhein-Mosel-Saar:
„Das ‚Ganze‘ verändern“

Württemberg:
Gemeinsames Abendmahl für
konfessionsverbindende Ehen

Kairos Europa:
Verfehlt Buße

Asyl in der Kirche:
Kritik an Sanktionen

„Erst stirbt das Recht, dann
stirbt der Mensch“:
Größte Online-Diskussion der
Kirchen erzielt Ergebnisse

Oekumenischer Ratschlag:
35 Jahre Konziliarer Prozess

PLÄDOYER-Freundeskreis:
Stärken und Schwächen der UNO-
Nachhaltigkeitsziele



Bewerbungsschreiben für kommende Vollversammlung

Weltkirchenrates gewählt und es werden die Weichen für die Politik der kommenden Jahre gestellt. Außerdem steht dabei die Wahl der Mitglieder des Zentralausschusses an, der alle zwei Jahre tagt und die Entscheidungen der Vollversammlung operativ umsetzt. Seit mehr als 50 Jahren findet die Vollversammlung des OeRK damit erstmalig wieder auf dem europäischen Kontinent statt – das letzte Mal war dies im Jahr 1968 in Uppsala der Fall.

Ebenfalls im Jahr 2021 ist der Oekumenische Kirchentag in Frankfurt geplant.

Weltweite Christenheit: Regionale Schwerpunkte verschieben sich

ChristInnen in Afrika und in Lateinamerika neigen dazu, regelmäßiger zu beten und Gottesdienste zu besuchen, und für sie ist Religion in ihrem Leben wichtiger als für ihre Glaubensgeschwister in anderen Teilen der Welt. So lauten jedenfalls die Ergebnisse einer neuen Studie des US-amerikanischen Pew Research Center.

Das Christentum ist zudem die größte Religionsgemeinschaft des Planeten und so gut wie in allen Teilen der Welt vertreten. Zugleich belegt die Untersuchung, dass nicht alle Angehörigen in gleicher Intensität ihrer Religion anhängen. Grundlage der Studie waren 84 Länder, in denen es signifikante christliche Gemeinschaften gibt. In 35 dieser Länder erklärten mindestens 35 Prozent der Befragten, dass Religion sehr wichtig in ihrem Leben sei, alle diese Länder liegen im subsaharischen Afrika und in Lateinamerika. Drei Ausnahmen bilden die USA, Malaysia und die Philippinen. Während die Rate der Teilnahme an Gottesdiensten und die Regelmäßigkeit des Gebets in Europa am niedrigsten ausfallen, ist sie im südlichen Afrika am höchsten. Im Gesamtbild bestätigen die Ergebnisse einen grundlegenden Trend: Das Christentum wandert nach Süden, von den reichen Staaten hin in die sog. „Entwicklungsländer“. Gerade im südlichen Afrika wächst das Christentum rasant.

US-Baptisten verzeichnen Mitgliederschwund

In den USA ist die Southern Baptist Convention mit 15,5 Millionen Mitgliedern noch die größte protestantische Gemeinschaft. Sie hat jedoch seit 2002 über 800.000 Mitglieder verloren, im letzten Jahr

allein 236.467 Menschen, der größte Rückgang in der über 130-jährigen Geschichte der Kirche. Die Zahl der Taufen hat in acht von zehn der letzten Jahre abgenommen, im letzten Jahr hat allerdings die Zahl der Gemeinden um ein Prozent zugenommen und liegt jetzt bei 46.449. Dies sei das Ergebnis eines gezielten Programms für Neugründungen, heißt es in einem Bericht an die jährliche Versammlung.

Anerkannte Kompetenz bei Fragen der Armutsbekämpfung

Bemerkenswert ist dabei, dass eine übergroße Mehrheit der US-amerikanischen Öffentlichkeit (88 Prozent), darunter 92 Prozent der praktizierenden ChristInnen, ihren Pfarrern vertraut, wenn es um Fragen der Armut geht. Nach einer Untersuchung der Barnea-Gruppe aus Kalifornien handelt es sich dabei um ein eher selten gewordenen Phänomen. Frühere Untersuchungen hatten gezeigt, dass oft nur noch ein knappes Fünftel der Befragten die Pastoren für einflussreich in ihren Gemeinden halten oder für eine wichtige Stimme in anderen aktuellen Fragen.

Oekumenische Diakonie: Weg zur wachsenden Einheit

„Die Einladung zum Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens hat eine neue Chance eröffnet, unser Verständnis von Diakonie neu auszurichten und uns bei unserer diakonischen Arbeit ökumenisch zusammenzuschließen“, stellte Kjell Nordstokke bei der Tagung des OeRK-Zentralausschusses am 16. Juni fest.

Dem Leitungsgremium stellte Nordstokke ein von OeRK, Lutherischem Weltbund und ACT-Bündnis gemeinsam erarbeitetes Dokument unter dem Titel: „Zu transformativem Handeln aufgerufen – Oekumenische Diakonie“ vor.

Er betonte, die Diakonie spiele eine zentrale Rolle für das Selbstverständnis der Kirchen sowohl im Blick darauf, „wer wir sind, als auch, was wir tun“.

Es gehe insbesondere darum, die beiden Dimensionen der Diakonie, die einerseits auf biblischen, theologischen Grundlagen fuße und andererseits ein Bereich der praktischen Arbeit der Kirchen sei, gemeinsam in den Blick zu nehmen.

„In diesem Dokument betonen wir, wie ökumenische Diakonie Glaubensüberzeugungen und das Eintreten für die Menschenrechte verbinden kann, und stellen die These auf, dass es zwischen beiden keinen Widerspruch gibt. Vielmehr bestärken sie sich gegenseitig“, führte Nordstokke aus.

Aus der Perspektive einer diakonischen Organisation sprach Rudelmar Bueno de Faria, Generalsekretär des internationalen Hilfswerke-Bündnisses „Action by Churches Together“ (ACT), von der heute in vielen Gesellschaften weltweit wahrzunehmenden Wertekrise.

„Der Blick in die Zukunft zeigt ein neues Moment der ökumenischen Diakonie, nicht nur, weil OeRK und ACT unsere Maßnahmen im Zusammenhang mit weltweiten Prozessen wie den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) koordinieren müssen, sondern auch, weil wir als ACT unsere christlichen Werte leben und aus unserer Identität Impulse für unser Tun schöpfen müssen“, erklärte de Faria.

Die Ansprache des Generaldirektors der Weltgesundheitsorganisation, Tedros Adhanom Ghebreyesus, nahm Nachhaltigkeitsziel 3, Gesundheit und Wohlergehen für alle Menschen, in den Blick.

„Gesundheit ist die zentrale, wichtigste Säule der SDGs. Wenn man gesund ist, kann man sich alles wünschen. Wenn man nicht gesund ist, wünscht man sich nichts als Gesundheit“, stellte Tedros fest.



Bei seinem Besuch beim Weltkirchenrat nimmt Papst Franziskus auf dem Gelände des ökumenischen Instituts in Bossey das Werk eines gehörlosen Künstlers als Geschenk entgegen.

„Gesundheit und Heilung waren, wie Sie wissen, von zentraler Bedeutung im Leben und Wirken Jesu“, führte er aus, „und ich glaube, dass es an der Zeit ist, mit einer neuen Vereinbarung die glaubensbasierten Organisationen im Sinne einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung zu mobilisieren.“

Tedros betonte: „Wir wissen, dass die Kirchen und andere im Bereich der Religionen verortete Organisationen einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der medizinischen Versorgung leisten können, und dass ihre Stimme bisweilen sogar mehr Gehör findet, als die von Staaten.“

Flüchtlinge: EKD will mit Vatikan für Seenotrettung eintreten

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) strebt eine Zusammenarbeit mit dem Vatikan zur Reaktivierung der privaten Seenotrettung auf dem Mittelmeer an.

„Mit unseren ökumenischen Partnern werden wir weiter überlegen, wie wir den Druck erhöhen oder kreative Lösungen finden können.“ Das sagte der Vorsitzende der EKD-Kammer für Migration und Integration, Manfred Rekowski, dem Kölner Stadt-Anzeiger.

Rekowski hielt sich Mitte Juli auf Malta auf, wo die Behörden die Schiffe der Hilfsorganisation „Sea Watch“ am Auslaufen hinderten und dem von der EKD mitfinanzierten Aufklärungsflugzeug „Moonbird“ keine Flüge über dem Mittelmeer erlaubten.

„Wir können als EKD sicher nicht von Hannover aus unmittelbar auf das Regierungshandeln in Malta einwirken. Es geht darum, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf zu lenken, wie Europa hier in skandalöser Weise Recht bricht und seine Werte verrät“, so der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland.

Das geltende Flugverbot könnte nach Einschätzung Rekowskis mit Hilfe des Vatikans außer Kraft gesetzt werden. „Die ‚Moonbird‘ dürfte wieder über Seegebiet kreisen, wenn ein anderer Staat sie anfordert. Warum sollte also nicht zum Beispiel der Vatikan als völkerrechtlich souveräner Staat ein solches Ansinnen an die maltesischen Behörden stellen?“

Südkorea: Alternativer Dienst für Kriegsdienstverweigerer

Das Oberste Gericht Südkoreas hat in einem Urteil die Regierung dazu verpflichtet, für Kriegsdienstverweigerer einen alternativen Dienst im zivilen Bereich einzuführen. Die Richter urteilten, dass der Artikel 5 des Military Service Act (MSA), der keine alternativen Dienstformen vorsieht, der Verfassung widerspricht. Sie haben der Gesetzgebung einen Termin zu entsprechenden Anpassung bis Ende des Jahres 2019 gesetzt. Den

Artikel 88 des MSA, der eine Haftstrafe von bis zu drei Jahren vorsieht, wer sich ohne rechtliche Grundlage der Einschreibung entzieht, wurde jedoch gleichzeitig für verfassungsgemäß beurteilt. Das Urteil anerkennt das Recht auf Verweigerung aus Gewissensgründen und wurde von Friedens- und Menschenrechtsgruppen im Land in einer gemeinsamen Erklärung begrüßt. War Resisters International begrüßte die Entscheidung, rief die Regierung aber zugleich dazu auf, alle inhaftierten Kriegsdienstverweigerer umgehend freizulassen.

Kirchen in Indien: Für Entkriminalisierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen

Der Nationale Kirchenrat Indien (NCCI) hat zusammen mit einigen andern religiösen Führungspersonlichkeiten mehr Akzeptanz für sexuelle Minderheiten gefordert.

Die National Consultation on Interfaith Engagement with Human Gender, Sexes and Sexuality Diversities and der National Council of Churches in India (NCCI) erklärte, dass „die Menschen mit ihren unterschiedlichen Geschlechtern und Sexualitäten Gottes Schöpfung sind und ein Teil der natürlichen Ordnung.“ „Wir glauben“, sie so heißt es in dem Dokument weiter, „dass die Liebe die Basis aller Religionen ist und Hass darin keinen Platz haben darf. Dennoch hat es in der Geschichte dominierende Positionen gegeben, die dazu benutzt wurden, ein Regime der Unterdrückung sexueller Minderheiten fortzusetzen. In der Konsequenz sind geschlechtliche und sexuelle Minderheiten oft der Zurückweisung und der Entfremdung durch viele religiöse Führungspersonen und Gemeinschaften ausgesetzt gewesen. Im Rahmen der Arbeit an dieser Erklärung wurde uns klar, dass es zu den ureigensten Fähigkeiten jeder Glaubensgemeinschaft gehört, geschlechtliche, biologische und sexuelle Identitäten zu verstehen, zu akzeptieren und auch zu feiern. Daher anerkennen wir die Gegenwart solcher Identitäten in jeder Glaubensgemeinschaft und ermutigen die religiösen Führungen dazu, möglichst umfassend das Gespräch zu suchen.“

Die Erklärung schließt an ein Papier vom Januar 2018 an, das die Entkriminalisierung forderte und ein Umdenken der Haltung anmahnte. Das National Ecumenical Forum for Gender and Sexual Diversities of NCCI erklärte damals, dass „Homosexualität und Homoerotik in Indien seit undenklichen Zeiten praktiziert wurden ... Das Verständnis der Sexualethik, das die britische Kolonialverwaltung ins Land brachte, war zutiefst geprägt von den Moralvorstellungen des viktorianischen Zeitalters in England“.

Das Oberste Gericht Indiens hob schließlich im September das aus dem Kolonialismus stammende Anti-Homosexuellen-Gesetz auf.

Russland: Katholische Priester besuchen Moskau

Junge katholische Priester aus Italien, Spanien, Frankreich, der Tschechischen Republik und Rumänien nehmen derzeit wieder in Russland an einem „Summer Course“ teil, wie er seit mehreren Jahren abwechselnd in Rom und Moskau stattfindet. Ziel des „Summer Course“ ist es, jungen katholischen und orthodoxen Priestern eine „Innensicht“ der jeweils anderen Kirche zu vermitteln.

Auf dem Programm der jungen Priester stehen Besuche in den verschiedenen Abteilungen des Heiligen Synods des Moskauer Patriarchats, an den heiligen Stätten der russischen Hauptstadt, im Dreifaltigkeitskloster in Sergijew Posad (wo sich die wichtigsten theologischen Ausbildungsstätten der russischen Kirche befinden) sowie in Nowgorod und St. Petersburg. Die Priester-Delegation aus West- und Ostmitteleuropa trifft mit leitenden Persönlichkeiten der russischen Kirche zusammen.

Finanziert wird der „Summer Course“ gemeinsam von der russischen Stiftung „Ruskij Mir“ – der unter anderem Metropolit Hilarion (Alfejew) und der russische Außenminister Sergej Lawrow angehören – und die in Rom beheimatete amerikanische Stiftung „Urbi et orbi“. Gründer von „Urbi et orbi“ ist der Chefredakteur des Magazins „Inside the Vatican“, Robert B. Moynihan. Er ist mit Metropolit Hilarion einer Meinung, dass es notwendig sei, eine „strategische Allianz“ zwischen Katholiken, Orthodoxen und anderen Christen zu schaffen, um das Welt- und Menschenbild des Evangeliums in der Welt von heute gemeinsam zu vertreten.

Orthodoxie: Unabhängigkeit für Kiew?

Die orthodoxen Patriarchen von Konstantinopel und Moskau haben noch keine Einigung über die Zukunft der orthodoxen Kirche in der Ukraine erzielt. Das Ehrenoberhaupt der Weltorthodoxie, der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. von Konstantinopel, halte an seinem Plan fest, die ukrainische Kirche als autokephal (eigenständig) anzuerkennen, sagte der zuständige Metropolit Emmanuel nach dem Patriarchentreffen am 31. August in Istanbul.

Die vom Moskauer Patriarchen Kyrill I. geführte russisch-orthodoxe Kirche lehnt hingegen die Unabhängigkeit der ukrainischen Kirche ab und wird dabei von einigen weiteren orthodoxen Landeskirchen unterstützt. Der russische Patriarch äußerte sich nach dem Treffen vor Journalisten nicht zur Ukraine. „Das war ein gutes Treffen, die Atmosphäre war sehr gut“, sagte er nach Angaben der Nachrichtenagentur „Interfax“. Metropolit Emmanuel erläuterte im Gespräch mit Journalisten, wie die Gespräche konkret verlaufen sind:

„Die Hauptfrage, die hier besprochen wurde, war die Situation in der Ukraine. Wie Sie wissen, gibt es dort ein Schisma, das seit über 25 Jahre besteht. Das Oekumenische Patriarchat hatte beschlossen, eine Sondierung durchzuführen, ob sie der ukrainischen orthodoxen Kirche eine Autokephalie gewähren könnte. Dieser Schritt wurde im vergangenen April beschlossen. Wir sind derzeit dran, diesen Beschluss zu implementieren. Das wurde Patriarch Kyrill während seines Besuchs in Konstantinopel mitgeteilt. Der fand in einer brüderlichen und gleichzeitig ehrlichen Weise statt. Ich denke, so sollen wir auch in Zukunft vorgehen.“

Im Zuge der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine 1991 hatte sich die orthodoxe Kirche des Landes gespalten. Seither ringen die dem Moskauer Patriarchat unterstehende ukrainisch-orthodoxe Kirche und das 1992 gegründete Kiewer Patriarchat um die Vormachtstellung in der Ukraine. In dem Land wird angesichts des Krieges in der Ostukraine zwischen von Moskau unterstützten Separatisten und ukrainischen Regierungstruppen der Ruf nach einer von Russland unabhängigen orthodoxen Kirche lauter.

Mit der Ernennung zweier Exarchen für die Ukraine ging dann Bartholomaios im September einen Schritt weiter in Richtung auf Gewährung der Autokephalie für das Kiewer Patriarchat.

Rund 70 Prozent der Ukrainer bekennen sich zum orthodoxen Christentum. Bisher erkennen das Oekumenische Patriarchat und die mehr als ein Dutzend orthodoxen Landeskirchen offiziell nur die russisch-orthodoxe Kirche an, die in der Ukraine über die meisten Pfarreien verfügt.

Patriarch Bartholomaios: Klimawandel größte Bedrohung für Umwelt

Patriarch Bartholomaios I., das Ehrenoberhaupt der Weltorthodoxie, hat in einem Hirtenbrief zum Schöpfungstag am 1. September eindringlich zum Schutz der Umwelt aufgerufen.

Deutlich geht der Patriarch von Konstantinopel in seinem Schreiben mit jenen ins Gericht, die die gegenwärtige und damit auch künftige ökologische Krise immer noch nicht wahrhaben wollen. „Wir alle wissen, dass heute die größte Bedrohung für die Umwelt und die Menschheit der Klimawandel und seine katastrophalen Folgen für das Leben selbst auf der Erde ist“, schreibt Bartholomaios I.

Man könne sich als Christ nicht zugleich wirklich für die menschliche Person interessieren und im selben Atemzug die natürliche Umwelt und damit die Voraussetzung des Lebens und die Zukunft der Menschheit zerstören. Ein Christ könne im Angesicht der Umweltkrise nicht indifferent bleiben, so das Oberhaupt der weltweiten Orthodoxie. Seine Sorge und Fürsorge für die Schöpfung sei die Folge und der Ausdruck seines Glaubens und seines „eucharistischen Ethos“.

Bartholomaios spricht auch von einem „angeborenen ökologischen Bewusstsein der Kirche“. Jede Art von Missbrauch der Schöpfung und ihre Umwandlung in einen Gegenstand der Ausbeutung bedeute deshalb auch eine Perversion des Geistes des Evangeliums, betont der Patriarch. Er ruft dazu auf, Initiativen und koordinierte Aktionen sowie Programme zur ökologischen Sensibilisierung durchzuführen, „damit die Gläubigen erkennen, dass der Schutz der natürlichen Umwelt eine geistliche Aufgabe für jeden von uns ist“.

Kritische Schwelle: Auf dem Weg in die „Heißzeit“?

Die globale Erwärmung auf lange Sicht bei 1,5°C bis 2°C zu stoppen, könnte schwieriger sein als bisher angenommen. Selbst bei Umsetzung der im Pariser Abkommen festgelegten Pläne zur Minderung von Treibhausgasemissionen bleibt ein Risiko, dass der Planet durch verschiedene Rückkopplungsprozesse in einen Zustand gerät, den die Forscher als „Hothouse Earth“ bezeichnen. Dies diskutiert ein internationales Team von Wissenschaftlern in einer neuen Studie im Fachjournal *Proceedings of the National Academy of Sciences* (PNAS). Eine solche Heißzeit wäre langfristig durch etwa 4°C bis 5°C höhere Temperaturen charakterisiert sowie durch einen Meeresspiegelanstieg um 10 m bis 60 m. Der Übergang zu einer emissionsfreien Weltwirtschaft müsse deshalb deutlich beschleunigt werden, argumentieren die Autoren.

„Industrielle Treibhausgasemissionen sind nicht der einzige Faktor, der die Temperatur auf der Erde beeinflusst. Unsere Arbeit weist darauf hin, dass eine vom Menschen verursachte globale Erwärmung von 2°C andere Prozesse des Erdsystems anstoßen könnte (oft als Rückkopplungen bezeichnet). Diese wiederum könnten die Erwärmung weiter vorantreiben – selbst wenn wir aufhören, Treibhausgase auszustoßen“, sagt Leitautor Will Steffen von der Australian National University. „Um dieses Szenario zu vermeiden, ist es notwendig, das menschliche Handeln in eine neue Richtung zu lenken, weg von der Ausbeutung und hin zu einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Erdsystem.“

Derzeit liegt die globale Durchschnittstemperatur bereits um gut 1°C über dem vorindustriellen Niveau und steigt etwa 0,17°C pro Jahrzehnt an.

Die Autoren der Studie betrachten zehn natürliche Rückkopplungsprozesse, von denen einige mit den sogenannten Kippelementen im Erdsystem verknüpft sind. Durch das Überschreiten kritischer Schwellen könnten diese in fundamental andersartige Zustände versetzt werden. Die Rückkopplungen könnten z.B. Kohlenstoffspeicher in Kohlenstoffquellen verwandeln, die in einer entsprechend wärmeren Welt unkontrolliert Emissionen freisetzen würden. Zu den kriti-

schen Prozessen gehören insbesondere tauender Permafrost, der Verlust von Methanhydraten vom Meeresboden, eine Schwächung von Kohlenstoffsinken an Land und in den Ozeanen, eine zunehmende bakterielle Atmung in den Ozeanen, das teilweise Absterben des Amazonas-Regenwaldes sowie der borealen Wälder, eine Verringerung der Schneedecke auf der Nordhalbkugel, der Verlust von arktischem und antarktischem Meereis sowie das Schrumpfen der großen Eisschilde.

Kippelemente im planetarischen Getriebe: Treibhausgase aus Industrie und Landwirtschaft bringen das Erdsystem aus dem Gleichgewicht

„Diese Kippelemente könnten sich wie eine Reihe von Dominosteinen verhalten. Wird einer von ihnen gekippt, schiebt dieses Element die Erde auf einen weiteren Kippunkt zu. Es könnte sehr schwierig oder sogar unmöglich sein, die ganze Reihe von Dominosteinen davon abzuhalten, umzukippen. Manche Orte auf der Erde könnten unbewohnbar werden, wenn die „Heißzeit“ Realität würde“, ergänzt Mitverfasser Johan Rockström vom Stockholm Resilience Centre.

„Die Treibhausgasemissionen aus Industrie und Landwirtschaft bringen unser Klima und letztlich das ganze Erdsystem aus dem Gleichgewicht, das zeigen wir auf. Im Zentrum stehen hier vor allem die Kippelemente in der globalen Umwelt, die sich – sobald ein bestimmtes Belastungsniveau einmal überschritten ist – grundlegend, schnell und möglicherweise irreversibel verändern könnten. Gewisse Kaskaden solcher Ereignisse könnten das gesamte Erdsystem in eine neue Betriebsweise kippen“, sagt Hans Joachim Schellnhuber, amtierender Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. „Was wir derzeit noch nicht wissen, ist, ob das Klimasystem sicher bei etwa 2°C über dem vorindustriellen Niveau ‚geparkt‘ werden kann, wie es das Pariser Abkommen vorsieht. Oder ob es, einmal so weit angestoßen, weiter abrutschen würde in ein dauerhaftes Supertreibhaus-Klima. Die Forschung muss sich daran machen, dieses Risiko schnellstmöglich besser abzuschätzen.“

Die Reduktion von Treibhausgasen allein reicht nicht aus

Um die Chancen zur Vermeidung einer „Heißzeit“ zu verbessern, brauche es nicht nur eine entschlossene Minderung von Kohlendioxid- und anderen Treibhausgasemissionen. Auch erweiterte biologische Kohlenstoffspeicher, etwa durch ein verbessertes Wald-, Landwirtschafts- und Bodenmanagement, oder die Erhaltung der biologischen Vielfalt sowie Technologien, um der Atmosphäre Kohlendioxid zu entziehen und unterirdisch zu speichern, können eine wichtige Rolle spielen, so die Autoren. Entsch-

dend sei jedoch, dass diese Maßnahmen auch durch grundlegende gesellschaftliche Veränderungen gestützt werden.

Klimawandel: OeRK untersucht gerechte Transformation

Der Zwischenstaatliche Ausschuss der Vereinten Nationen für Klimawandel hat betont, dass die Welt bis 2050 Null CO₂-Emissionen erreichen muss, wenn wir katastrophale Klimaauswirkungen wie schwere und wiederkehrende Dürren, rekordverdächtige Stürme sowie die Überschwemmung kleiner Inselstaaten und Küstenstädte vermeiden wollen.

Die OeRK-Arbeitsgruppe „Klimawandel“, die vom 25. bis 27. Juni in Buenos Aires tagte, untersuchte das Konzept der „gerechten Übergänge“ und plante ihr Engagement auf der 24. Vertragsstaatenkonferenz (COP 24) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, die im Dezember stattfinden soll.

„Zweifellos ist der Übergang zu einer freien Wirtschaft mit fossilen Brennstoffen eine dringende Angelegenheit“, sagte Pfarrer Henrik Grape, Koordinator der Arbeitsgruppe Klimawandel des OeRK. „Aber in einem Kontext, in dem fast eine Milliarde Menschen in extremer Armut leben und die sozioökonomischen Ungleichheiten immer größer werden, ist es auch eine Frage der Gerechtigkeit.“

Bezeichnenderweise wird die bevorstehende Vertragsstaatenkonferenz in der Kohlestadt Katowice in Polen stattfinden. „Viele Familien in Kattowitz sind auf die Kohleindustrie angewiesen“, stellte Pawel Pustelnik vom ökumenischen Jugendrat in Europa fest, der selbst aus der Region kommt.

Daher ist „eine Schlüsselfrage für diese Vertragsstaatenkonferenz und darüber hinaus, wie wir die miteinander verknüpften Ziele Nachhaltigkeit und Existenzsicherung für alle zusammenhalten können“, sagte Athena Peralta, Programmleiterin für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit im OeRK.

Während die Erreichung der Energiesicherheit durch erneuerbare Energien sowie die Ermöglichung eines gerechten Energiezugangs wichtige Dimensionen sind, „muss die Auseinandersetzung mit dem Thema Zwangsmigration auch Teil der Diskussion über gerechte Übergänge sein, insbesondere im Pazifik“, fügt Frances Namoumou von der Pazifikkonferenz der Kirchen hinzu.

Übergänge sind manchmal riskant und führen zu Gewinnern und Verlierern. Es ist wichtig sicherzustellen, dass indigene Völker und andere marginalisierte Gruppen die Risiken und Kosten nicht tragen, erklärte Joy Kennedy von Climate Action Now-Canada und dem Kanadischen Rat der Kirchen.

Im Rahmen des Treffens wurde in der Evangelischen Kirche de la Plata (IERP) eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Die

Rolle der Glaubensgemeinschaften bei der Förderung der Öko-Gerechtigkeit“ organisiert.

Die Mitglieder der OeRK-Arbeitsgruppe besuchten auch arme städtische Gemeinden in der Nähe von Buenos Aires, die mit Herausforderungen beim Zugang zu Wasser und einer sauberen Umwelt konfrontiert sind. Eine Reihe von Bewohnern dieser Gemeinschaften war aus ländlichen Gebieten in Argentinien und im benachbarten Paraguay ausgewandert. Hervorgehoben wurde der Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung, Klimawandel, Migration und Armut.

Erreichung der Klimaziele: Politikmix macht's

Eine breite Kombination von Maßnahmen könnte am besten geeignet sein, sowohl die Ziele der Klimastabilisierung als auch die meisten UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Diese Maßnahmen reichen von der CO₂-Bepreisung über die Regulierung des Schutzes von Wasser und Wald bis hin zu Lebensstiländerungen, wie eine neue Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) zeigt. Die Wissenschaftler heben das komplexe Zusammenspiel der verschiedenen Ziele hervor. Eine nur auf die CO₂-Preise konzentrierte Politik wäre am billigsten, würde aber wahrscheinlich auf Kosten des Schutzes von Landflächen gehen.

„Um die Risiken der globalen Erwärmung innerhalb der von den Regierungen im Pariser Abkommen vereinbarten Grenzen zu halten, müssen wir unsere Energiesysteme grundlegend umbauen“, unterstreicht Leitautor Christoph Bertram. „Dies wird tiefgreifende Auswirkungen auf andere Bereiche haben, die für die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung relevant sind. Es wird sowohl Vorteile als auch Risiken für die Menschen mit sich bringen: etwa einerseits die Verringerung der Luftverschmutzung und andererseits höhere Preise für Nahrungsmittel und Energie.“ Die Bewertung dieser Kompromisse ist eine wichtige Information für Entscheider in Politik und Wirtschaft.

Der Wettbewerb um Land

Der Wettbewerb um Land ist dabei eines der zentralen Themen. „Ohne zusätzliche Regulierung würden allein aufs Klima fokussierte politische Maßnahmen zum raschen Ausstieg aus der fossil befeuerten Stromerzeugung beispielsweise den Anbau von Pflanzen zur Erzeugung von Bioenergie fördern“, sagt Ko-Autor Alexander Popp vom PIK. „Das würde die Treibhausgasemissionen reduzieren, da die Verbrennung der Pflanzen nur das CO₂ freisetzt, das sie beim Anbau aufgenommen haben – aber es würde auch eine großflächige Umwandlung von Agrarflächen bedeuten, die sonst für die Nahrungsmittelproduktion oder für Ökosysteme zur Sicher-

ung der Biodiversität genutzt werden. Im schlimmsten Fall könnte bis zu einem Drittel der heutigen Anbaufläche für Bioenergieplantagen genutzt werden.“

„Einige Nachhaltigkeitsthemen wie Ernährungssicherheit und Zugang zu erschwinglicher Energie sind für die Öffentlichkeit wichtiger als der Klimawandel – einfach weil die schlimmsten Auswirkungen der globalen Erwärmung erst in der Zukunft auftreten werden, Essen und Strom aber heute zählen. Unsere Studie zeigt, dass beide Herausforderungen gleichzeitig angegangen werden können: Es ist möglich, schlaue klimapolitische Pakete zu entwerfen, die auch in anderen wichtigen Dimensionen der menschlichen Entwicklung entscheidende Fortschritte ermöglichen“, sagt Ko-Autor Jan Minx. „Das sind gute Nachrichten für Regierungen und Gesellschaft: Es gibt nicht nur eine einzige allein richtige, sondern eine Reihe von Möglichkeiten.“

Eine breite Kombination von Nachhaltigkeitspolitiken kostet allerdings kurzfristig mehr Geld als die CO₂-Bepreisung allein. Die reine Preispolitik würde die Energieerzeugungskosten in Grenzen halten und wäre in dieser Hinsicht am kostengünstigsten. Eine solche Politik würde jedoch zu einem Anstieg der Nahrungsmittelpreise um etwa ein Drittel in 15 Jahren führen, da die Flächen für den Klimaschutz genutzt würden. Dies könnte letztlich dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung, der Armutsbekämpfung, zuwiderlaufen. Um diesen unbeabsichtigten Effekt zu vermeiden, wären zusätzliche Maßnahmen erforderlich.

Sowohl der Nutzen als auch die Risiken der Nachhaltigkeit steigen, wenn der Ehrgeiz dahin erhöht wird, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Lebensstil-Änderungen erweisen sich als einer der effizientesten Wege zur Ergänzung der CO₂-Preisgestaltung. Wenn die Menschen etwa Flugreisen und Fleischkonsum reduzieren, könnte dies die höheren kurzfristigen Kosten für frühzeitige Klimaschutzmaßnahmen ausgleichen helfen. Lebensstiländerungen hätten das größte Potenzial zur Reduzierung von Nachhaltigkeitsrisiken und zur Maximierung des Nebennutzens von Minderungsmaßnahmen, meint Mitautor Luderer. „Gemeinsam können Politik und Menschen mehr erreichen, als sie denken.“

Arm und Reich: Steuern auf Landbesitz und Erbschaften können Ungleichheit verringern

Um die zunehmend ungleiche Verteilung von Vermögen in Industriegesellschaften zu verringern, ohne die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu beeinträchtigen, könnte ein Politikpaket aus Steuern auf Landbesitz und Erbschaften die optimale Lösung sein. Ein solches Maßnahmenpaket hätte gegenüber der Besteuerung von Unternehmen

große Vorteile, wie eine neue Studie in der Zeitschrift *International Tax and Public Finance* feststellt. Es ist die erste Analyse, die den bisher vernachlässigten Faktor des Bodenwertes bei der Ungleichheit von Vermögen berücksichtigt. Der Grundbesitz ist auch deshalb von großem Interesse, da der Klimawandel die Bodenpreise und damit die Wohnkosten erhöhen könnte. Dem könnte durch intelligente Steuern entgegen gewirkt werden, die gleichzeitig die allgemeine Ungleichheit in einem Land verringern.

Der Klimawandel werde wahrscheinlich Grund und Boden verteuern, falls eine ungebremste globale Erwärmung durch die Treibhausgase aus fossilen Brennstoffen viel Land dem Risiko von Dürren und Überschwemmungen aussetzen, meint der Hauptautor der Studie, Max Franks. Vermutlich werde auch mehr Land für Biomasseplantagen oder Windparks genutzt, nämlich wenn die Entscheider in der Politik den Klimawandel begrenzen wollen. In beiden Fällen wird Land knapper und damit teurer - und Bodenspekulation durch Investoren treibt die Immobilienpreise noch weiter in die Höhe.

Die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern, ist eines der Ziele nachhaltiger Entwicklung, wie sie die Vereinten Nationen beschlossen haben. „In unserer Studie haben wir deshalb untersucht, wie das Problem der steigenden Bodenpreise so angegangen werden kann, dass die Vermögensungleichheit in den Industrieländern verringert wird, ohne dafür die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu opfern“, erklärt Max Franks. „Und es zeigt sich, dass die Regierungen hierbei beträchtliche Freiheit haben. Das Ergebnis unserer komplizierten konzeptionellen Berechnungen ist ganz einfach: Sinnvoll wäre ein Maßnahmenpaket aus Bodenwertsteuern und Erbschaftssteuern, das auch eine Senkung der Unternehmenssteuern oder der Mehrwertsteuer ermöglicht.“

Besteuerung von Grund und Boden stimuliert Investitionen

Eine Bodenwertsteuer hätte zwei wesentliche Wirkungen. Erstens wäre es ein Anreiz, Geld in produktives Kapital wie etwa die Industrie zu investieren, während Investitionen in Landbesitz weniger rentabel wären. Der Anstieg der produktiven Investitionen würde die Wirtschaftsleistung direkt erhöhen. Zweitens würden Bodenwertsteuern - die nur auf dem Wert von Grundstücken beruhen und den Wert von Gebäuden außer Acht lassen - zu einer effizienteren Landnutzung führen.

„Überraschenderweise wurde der Faktor Land in ökonomischen Studien über die Vermögensungleichheit seit den 1960er Jahren ignoriert, obwohl der Wert von Land enorm gestiegen ist. Deshalb beziehen wir in unsere Studie diesen entscheidenden Faktor für die Entwicklung und Verteilung von Vermögen mit ein“, so Franks.

Erbschaftssteuern verringern Ungleichheit, aber das allein genügt nicht

Die Studie basiert auf dem breiten Konsens in der Wirtschaftsforschung, dass Erbschaften einen entscheidenden Einfluss darauf haben, wie die Vermögen in der Gesellschaft verteilt sind. Doch wenn heute ausschließlich eine zusätzliche Steuer auf Erbschaften eingeführt würde, könnte dies zwar die Ungleichheit verringern, aber es könnte zugleich die Wirtschaftsleistung von morgen beeinträchtigen. Denn eine Erbschaftsteuer kann die Bereitschaft der Haushalte verringern, Geld zu sparen. Eine Verringerung der Sparvermögen würde jedoch bedeuten, dass Banken weniger Mittel zur Verfügung hätten, um sie als Kredite an Unternehmen weiterzugeben. Letztendlich würde das zu einer Verringerung der nationalen Investitionen führen. Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, muss eine Erbschaftsteuer mit einer Bodenwertsteuer kombiniert werden, die Investitionen in Grundstücke weniger lukrativ macht und dafür sorgt, dass das Geld in produktive Investitionen fließt. Eine weitere mögliche Maßnahme zur Stimulierung der Wirtschaft wäre eine moderate Senkung der Unternehmenssteuern, die durch die zusätzlichen öffentlichen Einnahmen aus der Besteuerung von Erbschaften und Grundstücken finanzierbar wäre.

UN-Verhandlungen: OeRK bekräftigt Besorgnis um Wassergerechtigkeit

Etwa 6-7 der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) werden jedes Jahr durch einen Mechanismus der Vereinten Nationen (UN), das High-Level Political Forum (HLPF), überprüft. Die HLPF 2018 fand vom 9. bis 18. Juli am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York statt.

Unter anderem wird das SDG 6 überprüft, das sich auf den Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen sowie auf eine solide Bewirtschaftung der Süßwasserökosysteme bis 2030 bezieht. Der von der UN-Wasserbehörde erstellte Synthesebericht zu SDG 6 erklärte, dass die Welt „nicht auf dem richtigen Weg ist, um die Ziele von SDG 6 bis 2030 zu erreichen“.

Das Oekumenische Wassernetzwerk des Oekumenischen Rates der Kirchen (EWN) verfolgt mit Nachdruck die HLPF 2018. Dinesh Suna, EWN-Koordinatorin, nahm am 9. Juli an der offiziellen Überprüfung des SDG 6 im HLPF teil.

Gemeinsam mit EWN-Partnern bezeichnete Suna die HLPF-Überprüfungssitzung zum Thema Wasser als „beunruhigend“.

Prof. Stefan Uhlenbrook, World Water Assessment Programme (WWAP), UNESCO und Koordinator der UN-Water Task Force, die den SDG 6 Synthesis Report 2018 erstellt hat, sagte bei der Überprüfung, dass „mehr



Photo © Peter Williams/OeRK

Als Hinweis auf das Engagement des OeRK für sauberes und bezahlbares Trinkwasser („Blue Water Campaign“) überreicht Isabel Phiri Leitungswasser in einer Glasflasche an Justin Welby, den Erzbischof von Canterbury

als zwei Milliarden Menschen in Ländern mit hohem Wasserstress leben“.

„Während es einen erheblichen Verlust an Biodiversität gibt, funktioniert das Süßwasser-Ökosystem nicht effektiv, und der Wasserbedarf für Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion, die bis zu 70 Prozent des Süßwassers verbrauchen, steigt aufgrund der ineffizienten Wassernutzung weiter an“, sagte Uhlenbrook.

Prof. Leo Heller, UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Einrichtungen, sprach die Frage an, dass das SDG 6 im Rahmen der Menschenrechte bei der Umsetzung, Überwachung und Berichterstattung des Ziels überprüft werden sollte. Er betonte die Notwendigkeit einer „stärkeren Fokussierung auf die Grundsätze der Erreichbarkeit von Trinkwasser“.

Dr. Joakim Harlin, stellvertretender Vorsitzender von UN Water, der die Sitzung moderierte, schloss sich den Bedenken des EWN an: „Drei Stunden Überprüfung im HLPF des SDG 6, einmal alle vier Jahre, sind nicht genug“, sagte er.

„Wir brauchen einen zwischenstaatlichen Mechanismus, um das zu schaffende SDG 6 zu behandeln, damit genügend Zeit bleibt, um die Fortschritte bei Wasser und Abwasser für alle zu überprüfen“, fügte Harlin hinzu.

Das EWN organisierte am 11. Juli zusammen mit anderen Partnern eine Sonderveranstaltung über die Rolle von Wasser und von Glaubensgemeinschaften bei der Erreichung des SDG 6.

Neben dem SDG 6 konzentriert sich das HLPF 2018 auf die Ziele 7 (Energie), 11 (Städte und Gemeinden), 12 (verantwortungsvoller Konsum und Produktion), 15 (Leben an Land) und 17 (Partnerschaften zugunsten der Ziele).

Bei Meldungen aus der internationalen Oekumene wurden in Ergänzung zu eigenen Recherchen Agenturmeldungen von OeRK, LWI, RWF, CEC, RNA, RV und KIPA ausgewertet.

Aus oekumenischen NETZEN

► Rhein-Mosel-Saar

„Das ‚Ganze‘ verändern“ – neu

Im Herbst wird nach mehrjähriger Weiterentwicklung die Neufassung des Netz-Grundlagenpapiers „Das ‚Ganze‘ verändern“ erscheinen, das bei der Netzversammlung am 18. November in Koblenz den Mitgliedern und Interessierten zur Diskussion gestellt wird. Darin wird die an die Wurzel gehende Gesellschaftskritik, inkl. einer Kritik von vermeintlichen Alternativansätzen zum Kapitalismus, zusammengefasst und vermittelt mit theologischen Einsichten erläutert. Mit Hilfe der Vorlage des neuen Grundlagenpapiers ist der Wunsch nach einem intensiven Diskussionsprozess mit den Netz-Gruppen und weiteren Interessierten verbunden.

Zeit zur Reflexion: Zusammenhang des Finanzsystems

Vor zehn Jahren platzte die sog. Immobilienblase. Daran und an die globalen sozialen Folgen dieser Finanz- und Wirtschaftskrise erinnern soziale Bewegungen mit Stellungnahmen und Veranstaltungen. So auch das europaweite attac-Netzwerk mit zahlreichen Partnerorganisationen in ihrem Aufruf „Für die Vielen, nicht die Wenigen – Finance for the people“.

Die sozialen Zumutungen, die für Millionen Menschen weltweit Arbeitslosigkeit, Prekarisierung, soziale Unsicherheiten in vielen Bereichen – Sozialhilfe, Gesundheit, Rente – und vor allem Verschuldung auf allen Ebenen mit sich brachten, sollen eine Mahnung sein: Es soll nicht einfach erinnert, sondern gehandelt werden, um „die negativen Auswirkungen der kurzfristig orientierten Finanzmärkte, die soziale Ungleichheit, Armut, Mangel an öffentlichen Dienstleistungen und Klimawandel schüren“, zu vermeiden. Mehr noch: Die VerfasserInnen „wollen neue Arten und Weisen entwickeln, Ressourcen und Reichtum zu produzieren und zu teilen“. Konkret soll dies durch politische Regulierungen geschehen: Die Zerschlagung von Großbanken, das Beenden von nutzlosen Spekulationen, eine Besteuerung des Finanzsektors sowie „öffentliche Investitionen in Dienstleistungen und Infrastrukturen (...), die das Leben verbessern und Arbeitsplätze für viele schaffen“. Attac und andere möchten das „Finanzsystem so umgestalten, dass es produktive Investitionen tätigt, anstatt spekulative Blasen zu schaffen“.

Die seit den späten 1970er Jahren betriebene Deregulierung der Finanzmärkte ist nicht einfach einer starken Lobby und politischem Willen geschuldet, sondern Ausdruck

des Versuchs, die Akkumulationskrise des Kapitalismus dadurch in den Griff zu bekommen, dass dem Kapital, das in der Realwirtschaft auf Grenzen seiner Verwertungsmöglichkeiten stieß, über den Handel mit Finanztiteln neue Möglichkeiten geschaffen wurden sich zu vermehren. Dadurch konnte die Krise zeitweise kompensiert werden, die ihren Grund in dem der Konkurrenz geschuldeten Zwang hat, Arbeit als Grundlage des Werts durch Technologie zu ersetzen. Durch den Einsatz mikroelektronischer Technologie wird mehr Arbeit entsorgt, als durch Produktinnovation, Verbilligung der Produkte, Ausweitung der Märkte neu geschaffen werden kann.

Die über den Handel mit Finanztiteln ermöglichte Akkumulation hat lediglich den Charakter einer Scheinakkumulation, da das so vermehrte Geld ohne Bindung an realen Wert bleibt, also ‚Geld ohne Wert‘ (Robert Kurz) ist. Vom Zufluss von Geld ohne Wert sind inzwischen allerdings auch große Teile der Realwirtschaft abhängig. Wenn dann die Verbindung von Arbeit, Geld und Wert nicht mehr hergestellt werden kann, kommt es zum Platzen der Blasen mit den entsprechenden Krisenerscheinungen.

Aufgrund dieser Zusammenhänge ist es eine Illusion zu glauben, die Krise des Kapitalismus ließe sich durch Re-Regulierungen der Finanzmärkte lösen. Durch die Abhängigkeit des Staates vom Verwertungsprozess ist dieser gerade kein Gegenpol zu den Märkten, sondern nur die andere Seite der gleichen kapitalistischen Medaille.

Stattdessen könnten im Zusammenhang mit einer radikalen Kapitalismuskritik tatsächlich Perspektiven eröffnet werden, „neue Arten und Weisen (zu) entwickeln, Ressourcen und Reichtum zu produzieren und zu teilen“.

Kontakt: Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar e.V.
Fröbelstr. 9, 56073 Koblenz, Tel.: 02 61 / 89 92 62 84
info@oekumenisches-netz.de
www.oekumenisches-netz.de

► Württemberg

Gemeinsames Abendmahl für konfessionsverbindende Ehen – nun amtlich

In einem Schreiben an die katholischen Gemeinden in Württemberg gestattete Bischof Fürst die Teilnahme von evangelischen Christen an der katholischen Eucharistiefeyer. Er verwies auf die „Pastorale Orientierungshilfe zur Frage konfessionsverbindender Ehen und gemeinsamer Teilnahme an der Eucharistie“ der Bischofskonferenz. Fürst erläuterte, inzwischen sei „jede dritte, in

manchen Regionen sogar jede zweite christlich geschlossene Ehe konfessionsverbindend. Laut Statistik für das Jahr 2016 machten diese in der Diözese Rottenburg-Stuttgart 45,02 Prozent der Eheschließungen aus, ebenso entstammen 20,22 Prozent aller getauften Kinder aus solchen Ehen. Trotz ihres beträchtlichen Anteils werden diese Ehepaare vielerorts in den Kirchengemeinden mit ihrer speziellen Situation sowie den dadurch bedingten Erschwernissen und Chancen nur unzureichend wahrgenommen.“

Der gemeinsame Gang zur Eucharistie bzw. zum Abendmahl von katholischen bzw. evangelischen Christen, schon bisher in nicht wenigen Gemeinden Gepflogenheit, erhält nun den amtlichen Segen.

Die offizielle Erlaubnis von Bischof Fürst zum gemeinsamen Abendmahl von Katholiken und Protestanten in Württemberg sei zwar „nur ein kleiner Schritt, aber einer in die richtige Richtung“ sagte Sylvia Dieter, Sprecherin des Oekumenischen Netzes in Württemberg gegenüber dem OID. Sie verwies auf die Selbstverpflichtung der christlichen Kirchen in Europa in der „Charta Oecumenica“ von 2001, „auf die sichtbare Einheit der Kirche Jesu Christi in dem einen Glauben hinzuwirken, die ihren Ausdruck in der gegenseitig anerkannten Taufe und in der eucharistischen Gemeinschaft findet“ und „dem Ziel der eucharistischen Gemeinschaft entgegenzugehen“. Insbesondere müssten demnach „konfessionsverschiedene Ehen darin unterstützt werden, Ökumene in ihrem Alltag zu leben“.

Kontakt: Oekumenisches Netz in Württemberg
c/o Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
74348 Lauffen am Neckar, sylvia.dieter@online.de

► Bayern

Oekumenische Initiative Reich Gottes – jetzt!

Von Nürnberg aus wirkt eine ökumenische Initiative, die mit Engagement für eine Kirchenreform auf der Basis der Reich-Gottes-Botschaft des Jesus von Nazareth eintritt. Dem Zusammenschluss „Oekumenische Initiative Reich Gottes – jetzt!“ gehören evangelisch-lutherische, römisch-katholische und altkatholische Christen an, aber auch Menschen, die in keiner christlichen Konfession (mehr) Mitglied sind. Die Initiative plädiert für ein Christentum, das wieder an der Botschaft Jesu von der Gegenwart des Reiches Gottes anknüpft (Markus 1,15) und dieses jesuanische Evangelium entschlossen ins Zentrum von Theologie und Kirche rückt. Als zentrale Inhalte der Botschaft Jesu hebt sie hervor, „Es geht um diese Welt und dieses Leben.“ Und „Es gilt, in allem dem Reich Gottes zu entsprechen.“ Als Schlussfolgerungen zieht sie für heute

„Wir müssen nicht resignieren, sondern wir glauben, dass Lebensfeindlichkeit und Stagnation überwunden werden können. Wir können Jesu befreiender Botschaft in unserem Leben Raum geben und so in unserer Welt für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung wirken. Die wichtigsten ethischen Folgerungen aus dem Reich-Gottes-Glauben bestehen für uns in Einfachheit und in der Ehrfurcht vor allem Leben.“ „Reich Gottes – jetzt!“ lädt zu gemeinsamen Gottesdiensten und Veranstaltungen ein.

Kontakt: Oekumenische Initiative „Reich Gottes – jetzt!“
c/o Pfr. Dr. Claus Petersen, Herschelstr. 31
90443 Nürnberg, Tel.: 0911/9 35 08 29
clauspetersen@gmx.net, www.reich-gottes-jetzt.de/

► Kairos Europa



Verfehlte Buße Stimmen aus der Ökumene zum Verhältnis Deutschland-Palästina und Israel

„Als Christen haben wir die Pflicht, an der Seite der Unterdrückten, der Geknechteten, der Armen, der mit Vorurteilen Belasteten und ungerecht Behandelten zu stehen – immer!“ Das schrieb Desmond Tutu 2015 an den Kirchentag. Tutu formulierte tiefe Besorgnis über die schleichende Annexion palästinensischen Gebietes durch die derzeitige Regierung Israels und die andauernde Verletzung von Menschen- und Völkerrechten. Er merkte noch an: „Unsere christlichen Schwestern und Brüder im Heiligen Land haben nichts von ausgewogenen Synodenerklärungen, die in gleicher Weise Sympathie mit dem Unterdrücker und den Unterdrückten zum Ausdruck bringen.“ Kairos Europa sieht sich als Teil der internationalen ökumenischen Bewegung und fordert, wie auch Tutu, öffentlich und solidarisch Freiheit für Palästina, damit auch Israel frei sein kann. Mit einer neuen Publikation will Kairos Europa Stimmen aus der weltweiten Ökumene Gehör verschaffen, die das Unrecht der Besetzung Palästinas durch die derzeitige israelische Regierung benennen. Dazu werden in „Verfehlte Buße – Stimmen aus der Ökumene zum Verhältnis Deutschland-Palästina/Israel“ mehrere Aufsätze und ein umfangreicher Anhang veröffentlicht. Gisela Hickel kommt das Verdienst zu, wichtige Texte durch lesbare Zusammenfassungen zugänglich zu machen.

Wiedergegeben werden in dem 33-seitigen Heft mehrere Aufsätze: Munther Isaac: Luther, Juden und Palästina, Charles Amjad Ali: Von der Judenfrage zur palästinensischen Diaspora, Marc Ellis: Bußfertige Ermächtigung: Deutsche Christen, der Holocaust und die Wiederkehr deutscher Macht. Überlegungen im Rahmen jüdischer Befreiungstheologie, Brigitte Kahl: Juden, Muslime und Palästinenser sowie Shir Hever: Was bedeuten die ökonomischen Beziehungen zwischen Europa und Israel für die Besatzung?

Im Anhang finden sich Geschichtsdaten zum Konflikt Palästina-Israel, Daten zur Beziehung BRD-Israel, eine kurze Einführung zum christlich-jüdischen Dialog, der Offene Brief der Nationalen Koalition christlicher Organisationen in Palästina an den Weltrat der Kirchen und an die ökumenische Bewegung sowie ein Beschluss der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen.

Verfehlte Buße. Stimmen aus der Ökumene zum Verhältnis Deutschland-Palästina/Israel, 33 S., Heidelberg 2018
Kontakt: Kairos Europa e.V. im „WeltHaus“, Willy-Brandt-Platz 5, 69115 Heidelberg, Tel.: 06221/4333622, E-Mail: gueck@kairoseuropa.de
Website: www.kairoseuropa.de

► Oekumenische BAG Asyl in der Kirche



Kritik an Sanktionen für Kirchenasyl

Die Praxis des Kirchenasyls soll erschwert und sanktioniert werden: Im Juni beschloss die Innenministerkonferenz der Länder, die Überstellungsfrist nach der Dublin III-Verordnung für Menschen im Kirchenasyl um ein Jahr zu verlängern, wenn für die Behörden keine außergewöhnliche Härte erkennbar wird. Die Oekumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche (BAG) kritisiert diese Entscheidung scharf: Zwar sieht die Dublin III-Verordnung eine Verlängerung der Überstellungsfrist vor, wenn Menschen flüchtig sind – im Gegensatz dazu ist der Aufenthaltsort von Menschen im Kirchenasyl den Behörden jedoch stets bekannt. „Die Anwendung der Verlängerungsregelung halten wir deshalb für rechtswidrig. Wir gehen davon aus, dass dies auch einige Verwaltungsgerichte so sehen“, sagt Pastorin Dietlind Jochims, Vorstandsvorsitzende der BAG.

Die Pläne von Bundesinnenminister Seehofer, in einem anderen Mitgliedsstaat schon registrierte Geflüchtete bereits an der Grenze zurückzuweisen, hält die BAG ebenfalls für unvereinbar mit geltendem Recht. Dieses Vorhaben sei auch in Bezug auf die humanitäre Praxis des Kirchenasyls äußerst bedenklich: „Zurückweisungen an der Grenze würden auch diejenigen treffen, die von Zwangsprostitution, Misshandlungen, Obdachlosigkeit und Verelendung in einzelnen Mitgliedsstaaten betroffen sind“, so Jochims. Durch die Gewährung von Kirchenasyl werde bisher versucht, in solchen Härtefällen einzugreifen. 2015 hatten sich die Kirchen und das BAMF über den Umgang mit Kirchenasylen in sogenannten Dublinfällen geeinigt: Kirchen und BAMF benannten AnsprechpartnerInnen, um die besonderen Härten in solchen Fällen darzulegen und zu bewerten. Das BAMF sicherte zu, keine Verlängerung von Fristen wegen eines Aufenthalts im Kirchenasyl vorzunehmen.

Die erste Pilotphase dieser Vereinbarung wurde zunächst als erfolgreich bewertet. Seit Mitte 2016 kritisierten Gemeinden und KirchenvertreterInnen allerdings wiederholt die fehlende Sorgfalt in der Prüfung, eine Verschlechterung der Kommunikation, stillschweigend veränderte Kriterien und eine restriktiver gewordene Entscheidungspraxis des BAMF. Auf der anderen Seite war die staatliche Kritik an der Zahl der Kirchenasyle wieder lauter geworden.

„Wir fordern nach wie vor eine Würdigung jedes Einzelfalls und eine Diskussion über Qualität im Flüchtlingsschutz, nicht Quantität von Abwehr“, sagt Jochims. „Natürlich werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass Geflüchtete nicht an Leib und Leben gefährdet werden, auch wenn es für Kirchengemeinden jetzt nicht einfacher wird. Die wirklich Leidtragenden sind die Geflüchteten, die entweder bereits an der Grenze zurückgewiesen werden oder ein Jahr länger im Kirchenasyl ausharren müssen, bis sie die Gründe für ihre Flucht in einem fairen Verfahren schildern können.“

Kontakt: Oekumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V., Heilig-Kreuz-Kirche
Zossener Str. 65, 10961 Berlin, www.kirchenasyl.de
dietlind.jochims@oemf.nordkirche.de

► Erst stirbt das Recht, dann stirbt der Mensch

Größte Online-Diskussion der Kirchen erzielt Ergebnisse

Der dramatische Verlust an Humanität in der Debatte um Flucht und Migration in Deutschland hat Beatrice von Weizsäcker, Ansgar Gilster und Sven Giegold veranlasst, als Mitglieder des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentags Anfang Juli eine

Petition unter dem Titel „Erst stirbt das Recht, dann stirbt der Mensch“ zu starten. An einer Online-Diskussion dazu mit dem Ratsvorsitzenden der EKD, Heinrich Bedford-Strohm nahmen am 29. August mehr als 700 Menschen teil (<https://youtu.be/3-f8qT6cymM>). Es war die bisher größte Online-Veranstaltung der Kirchen in Deutschland. „Wir freuen uns über die große Resonanz der Teilnehmer, den sachlichen Ton der Beiträge ebenso wie über die Bereitschaft des Bischofs, sich diesem Experiment gestellt zu haben. Wir bleiben dran und werden den Forderungen der Petition weiter Nachdruck verleihen“, sagte Sven Giegold.

Die Online-Diskussion war auch ein Experiment. Nicht alle Gesprächspartner, die sich meldeten, waren zu verstehen, und eine zeitlang verschwand unversehens der Moderator von der Bildfläche. Das Verfahren verdient weitere Professionalisierung im kirchlichen und ökumenischen Bereich.

Derweil haben mehr als 110.000 Menschen den Aufruf der drei Mitglieder im Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentags unterschrieben.

Der bayerische Landesbischof stellte sich klar auf die Seite des Flüchtlingsschutzes.

Bedford-Strohm zeigte sich zudem offen für Vorschläge, die während der Online-Diskussion an ihn gerichtet wurden. Dazu zählen u.a.:

- ▷ eine große Konferenz der EKD mit Vertretern der Deutschen Bischofskonferenz, der europäischen Kirchen sowie Aktiven aus der Flüchtlingshilfe wie etwa der zivilen Seenotrettung
- ▷ ein deutliches und selbstbewusstes Eintreten für das Kirchenasyl, notfalls auch mit zivilem Ungehorsam
- ▷ eine Stärkung der Europäischen Konferenz der Kirchen zu Migrationsfragen (CCME)
- ▷ der Einsatz für das auf Malta festgesetzte zivile Beobachtungsflugzeug „Moonbird“ der privaten Seenotretter von „Seawatch“: Der Ratsvorsitzende sagte zu, sich zusammen mit den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, für eine Unterstützung für die zivile Seenotrettung einzusetzen und den Vatikan um Hilfe zu bitten.

Der EKD-Ratsvorsitzende zeigte sich ferner offen für den Vorschlag eines Gipfeltreffens mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Kardinal Marx und Vertretern der Flüchtlingshilfe, um die drängenden Fragen etwa der zivilen Seenotrettung zu erörtern. Die Initiative hierzu müsse allerdings von der Kanzlerin ausgehen, betonte Bedford-Strohm. Die während der Online-Debatte ausgesprochene Einladung der Generalsekretärin des DEKT, Julia Helmke, zu einer derartigen Veranstaltung während des Kirchentags in Dortmund 2019 nahm der Bischof an. Ebenso akzeptierte er die Einladung zur Fortsetzung der Online-Diskussion zu einem späteren Zeitpunkt.

Kontakt: Europabüro Sven Giegold MdEP
Oststr. 41-43, 40211 Düsseldorf, Maximilian Fries
Tel.: 0211/93 65 30-11, www.sven-giegold.de

► Oekumenischer Ratschlag



35 Jahre Konziliarer Prozess für Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung Grüne Reformation und Ökologische Theologie

Das ökumenische Netz in Deutschland bereitet mit Initiativgruppen aus dem ganzen Land und auf Einladung einer sehr aktiven örtlichen Gruppe einen neuen Oekumenischen Ratschlag vor, diesmal in Minden. Ein Anlass ist das 35jährige Jubiläum des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dazu eingeladen wird auf den **09. und 10.11.2018** in die Mindener Reformierte Petrikirche.

Die Fragestellungen beim Treffen lauten zunächst: Wie verhalten wir uns als ökumenisches Netzwerk in Deutschland zu den sich verschärfenden planetarischen Krisen? Welche Stimmen und Aktivitäten sind aus der offiziellen Kirche wahrnehmbar? Können wir zusammen mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen zu einer hörbaren und wirksamen Stimme für eine nachhaltige Gesellschaft werden?

Ein Ausgangspunkt der Beratung stellt die Jahreslosung Offb.24,6 dar. Von da aus liegt dann der Akzent auf SDG 6 (Sauberes Wasser) und korrespondiert mit den SDGs 14 (Meere schützen), 16 (Frieden und Gerechtigkeit) und 17 (Globale Partnerschaft) und mit möglichst konkreten Ergebnissen und Handlungsansätzen in der Kommune (SDG 11: Lebenswerte Städte). Als Referenten sind eingeladen Bischöfin i.R. Bärbel Wartenberg-Potter und Präses i.R. Manfred Kock.

Weitere Informationen: www.oekumenischer-ratschlag.de
Kontakt: Oekumenisches Netz in Deutschland (OeNiD)
c/o Geschäftsstelle der Kommunalen Oekumene
Berlin-Treptow/Köpenick, Dr. Klaus Wazlawik
Rudower Str. 23, 12557 Berlin, Tel.: 030/4673 45 94
oek_trep_koep@gmx.de, www.kommunale-ökumene.de

► Oekumenische Konsultation

Gerechtigkeit und Frieden Vor den Wahlen zum Europäischen Parlament

Am **25. Mai 2019** finden in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) statt. Das EP hat sich größere Einflussmöglichkeiten gegenüber dem Rat, den Regierungen in der EU, und der Kommission, der politisch

unabhängigen Exekutive der EU, erkämpft und damit seine Bedeutung gesteigert.

Dem entspricht jedoch nicht das Ansehen der EU und seines Parlamentes in großen Teilen der Bevölkerung in den aktuell 27 Mitgliedstaaten – trotz des Friedensnobelpreises 2012 für die Befriedung Europas seit dem Zweiten Weltkrieg. Das Vertrauen in die politische Leistungsfähigkeit der EU ist wegen einer Reihe von Krisen (z.B. Umgang mit der sog. Finanzkrise, Unsicherheit von Außengrenzen, Verteilung von Flüchtlingen, Militarisierung usw.) gefährdet. Ein gängiges Reaktionsmuster ist der Rückzug auf angebliche nationale Interessen.

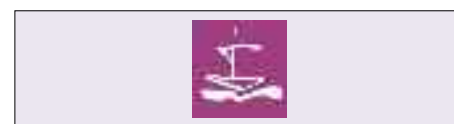
Diesem Sog wollen sich ChristInnen entgegenstellen. Sie wünschen sich eine starke EU, weil europäische Nationalstaaten das Wohlergehen der 500 Millionen Menschen in der EU und ihre weltweiten Möglichkeiten als Akteurin für den Frieden nicht gewährleisten können. Das Friedenspotenzial der EU soll gestärkt werden.

Deshalb lädt die Oekumenische Konsultation Gerechtigkeit und Frieden (OeKGF) zu einem Studientag am **10.11.2018** nach Fulda ein, der auf der Grundlage der Charta von Paris (1990) und der Charta Oecumenica (2001) zentrale Themen der Zukunft Europas konstruktiv aufgreifen wird. Referieren werden u.a. der EU-Parlamentarier Arne Lietz und von Church and Peace Antje Heider-Rottwilm.

Vor allem geht es um aktuelle Entwicklungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU. Ein Ergebnis sollen Ideen für Wahlprüfsteine und Anregungen für Veranstaltungen mit Kandidaten und Kandidatinnen des EP sein, die sich kritischen Fragen im Vorfeld der Europawahlen stellen. Der Tagungskostenbeitrag beläuft sich auf 25,- Euro.

Nachdem die Initiativen „Oekumenischer Ratschlag“ und „Oekumenische Konsultation Gerechtigkeit und Frieden“ sich terminlich überschneiden, wird Dr. Wolfgang Thon als „Botschafter“ bei beiden Terminen fungieren. Kontakt: Oekumenische Konsultation Gerechtigkeit und Frieden, c/o Ulrich Frey, Kreuzweidenstr. 57b
53604 Bad Honnef, Tel.: 02224/4671, ulrich.frey@

► PLÄDOYER-Freundeskreis



Stärken und Schwächen der UN-Nachhaltigkeitsziele

Der Freundeskreis des PLÄDOYERS plant zusammen mit der Evang. Akademie Bad Boll eine Tagung zu den Stärken und Schwächen der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs). Sie findet vom **12.-14. April 2019**

in Bad Boll statt. Die Tagungskonzeption wird bei einem – bereits ausgebuchten – Planungstreffen, an dem auch eine Vertreterin der EKD und ein Vertreter des BMZ mitwirken, am 4./5. November in der der Missionsakademie in Hamburg entwickelt werden. Das Ziel der Tagung im April 2019 ist es, starke Unterstützung zu gewinnen für das Bekanntmachen, die Diskussion und die Umsetzung der SDGs. Auch soll die Sicht des globalen Südens auf die SDGs kommuniziert werden. Außerdem geht es um die Defizite bei der Umsetzung der SDGs, vor allem in Deutschland.

Derzeit arbeiten PLÄDOYER-Leute an den Tagungsunterlagen. Ein Papier, das sich mit den Negativ-Bewertungen der Agenda 2030 produktiv auseinandersetzt, ist schon weitgehend fertiggestellt. Das Planungstreffen muss sich auch mit einem 100-Seiten-Dokument befassen, das im Mai 2018 vom OeRK, ACT Alliance und dem Lutherischen Weltbund zusammen herausgegeben wurde. Der Titel: „Called to Transformative Action – Ecumenical Diakonia“. Der Begriff „ökumenische Diakonie“ umfasst alles, was die Kirchen an Entwicklungszusammenarbeit und weltweiter Sozialarbeit leisten. Die drei kirchlichen Groß-Organisationen unterstützen vehement die Agenda 2030. Ein Zitat: „From the perspective of ecumenical diakonia, the SDGs provide an important platform for action. The SDG agenda deserves all kinds of support, both political and practical.“ (S. 56) Das Papier versucht aber auch recht selbstbewusst die Einsicht zu vermitteln, dass die Agenda 2030 von den Stärken und Erfahrungen aus der ökumenischen Diakonie profitieren könnte und sollte, darunter spirituelle, ganzheitliche und prophetische Aspekte und Zugangsweisen.

Kontakt: PLÄDOYER-Freundeskreis, i.A. Werner Gebert
Banweg 14, 72131 Ofterdingen, Tel.: 07473/95 98 98
Fax: 95 98 94, euw.gebert@t-online.de

► „Umkehr zum Leben – den Wandel gestalten“

Leben im Anthropozän – Christliche Perspektiven für eine Kultur der Nachhaltigkeit

Für eine sozialökologische Transformation unter Beteiligung der Kirchen tritt von Heidelberg aus eine bemerkenswerte Initiative ein. „Umkehr zum Leben – den Wandel gestalten“ sieht, dass die Menschheit angesichts globaler Herausforderungen durch die Verletzung planetarischer Grenzen am Scheidewege steht. Noch ist offen, ob es gelingt, im neuen erdgeschichtlichen Zeitalter, dem Anthropozän, Wege zur globalen Durchsetzung einer Kultur der Nachhaltigkeit zu finden. Sie zu suchen, ist auch Aufgabe von Theologie und Kirche.

Dem geht nun ein neuer Sammelband mit Beiträgen bekannter AutorInnen nach.

Bereits in einem vorausgegangenen Impulspapier erinnert die Initiative daran, dass wenn heute der Begriff „Nachhaltigkeit“ in den früh industrialisierten Ländern zum Standardvokabular gehört, dies auch ein Verdienst der Kirchen ist. So verknüpfte der OeRK seit Mitte der 1970er Jahre sein älteres Eintreten für eine gerechte Welt- und Wirtschaftsordnung mit der damals neuen Sorge über die „weltweite ökologische Verträglichkeit des westlichen Zivilisationsmodells“ Nachhaltigkeit, bei einer Konferenz des OeRK 1974 erstmals zum Leitbegriff erhoben, rückte ein Jahr später bei der Fünften Vollversammlung des OeRK in Nairobi in das Zentrum der Überlegungen, und eine „nachhaltige und gerechte Gesellschaft“ wurde zum Leitziel. Damit übernahm der OeRK eine gesellschaftliche Vorreiterrolle und bestätigte diese mit seinem Studienprozess zu einer „gerechten, partizipativen und nachhaltigen Gesellschaft“. Die folgende Vollversammlung hat dann 1983 in Vancouver den „Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ ausgerufen.

Auch in vielen anderen Ländern der Erde setzten sich Kirchen für eine nachhaltige Entwicklung ein. Unzählige kirchliche Gruppen engagierten sich in lokalen Umweltkonflikten, warben für einen nachhaltigen Lebensstil und wehrten sich gegen die Verbrennung fossiler Energieträger. Dabei wurde immer deutlicher, dass das Eintreten für Gerechtigkeit, Frieden und Achtung der Schöpfung untrennbar zusammengehört und eine globale Perspektive erfordert, die vor grundlegender Kritik an der global vorherrschenden Wirtschaftsordnung nicht zurückschreckt. Dies unterstrichen auch ökumenische Dokumente, die im Umfeld der Zehnten Vollversammlung des OeRK 2013 in Busan entstanden. Zwei Jahre später gelang es Papst Franziskus mit seiner wirkmächtigen Enzyklika „Laudato Sí“, weit über den kirchlichen Bereich hinaus für einen radikalen Wandel in Wirtschaft und Politik zu werben.

Kennzeichen eines neuen Abschnitts in der Erdgeschichte ist die Verletzung der planetarischen Grenzen durch den Menschen. Dies bedroht das gegenwärtige Leben auf der Erde und nicht zuletzt die menschliche Zivilisation selbst. Hiervon sind zuallererst Arme und Ausgebeutete in aller Welt und vor allem in den Ländern des Südens betroffen. Daher stellt sich im Anthropozän die alte Gerechtigkeitsfrage in neuer Schärfe und neuer Gestalt.

Um drohendes Unheil abzuwenden, ist ein systemischer Wandel jener Gesellschafts- und Wirtschaftsweisen erforderlich, die den Globus dominieren. Es braucht eine Kultur der Nachhaltigkeit, die den Mut hat zu einer „kulturellen Revolution“ (Papst Franziskus). Für die erforderliche sozialökologische Transformation aber gibt es keine Blaupause. Wege zu ihr müssen gesucht werden – und

bei dieser Suche sind Religionsgemeinschaften unentbehrlich. Auch die christliche Theologie und die Kirchen können entscheidend zum Gelingen dieser Suche beitragen. Dies wird im Anthropozän zu einer Hauptaufgabe der Kirchen.

Entstanden ist jetzt ein neuer Sammelband, der vielfältige Aufsätze von 23 AutorInnen bietet. Er will dazu beitragen, dass Kirchen dieser Verantwortung gerecht werden.

Brigitte Bertelmann, Klaus Heidel (Hrsg.): „Leben im Anthropozän. Christliche Perspektiven für eine Kultur der Nachhaltigkeit“. 352 S., oekom verlag München 20,- Euro

Kontakt: „Umkehr zum Leben – den Wandel gestalten“
c/o Werkstatt für Ökonomie im „WeltHaus“

Willy-Brandt-Platz 5, 69115 Heidelberg

www.umkehr-zum-leben.de ,Tel.: 0 62 21/4 33 36-0

► EAK



Kriegsdienstverweigerer trafen sich zu regem Gedanken- und Erfahrungsaustausch

Auf Initiative der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) trafen sich in Frankfurt am Main mehrere ehemalige BundeswehrosoldatInnen, die in ihrer Dienstzeit den Militärdienst aus Gewissensgründen abgelehnt hatten und als Kriegsdienstverweigerer anerkannt wurden. Dabei ging es um einen Erfahrungs- und Gedankenaustausch, aber auch um ein Kennenlernen.

„Wir als EAK machen die Erfahrung, dass SoldatInnen, die nach Aussetzung der Wehrpflicht ihren Dienst an der Waffe aus Gewissensgründen ablehnen, sehr isoliert sind und eigentlich mit keinem darüber sprechen können“, berichtet Wolfgang Buff, der stellvertretende Bundesvorsitzende der EAK, der zu diesem Treffen eingeladen hatte. Und darum sei es wichtig, dass es Möglichkeiten geben müsse, wo die Betroffenen offen über ihre Situation reden, Hilfe erhalten und sich mit anderen SoldatInnen in gleicher Lage austauschen können, unterstreicht Buff.

„Die Betroffenen erzählen in ihrem Alltag oder im privaten Umfeld nur ganz selten etwas von ihrer Kriegsdienstverweigerung, mit ihren Bundeswehrkameraden können sie sich darüber überhaupt nicht austauschen und von Menschen, die nicht in der Bundeswehr sind, fühlen sie sich oft unverstanden in ihrer Entscheidung, den Dienst mit der Waffe, den sie ja vorher freiwillig begonnen haben, nun zu verweigern“, schildert

der stellvertretende EAK-Vorsitzende die Situation der jungen Soldaten.

Die EAK berät nach wie vor SoldatInnen in dieser Situation, begleitet sie auf ihrem Weg zur Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer. „Aber wir merken da auch, dass es wichtig wäre, dass die Betroffenen einfach auch mal untereinander in Kontakt kommen und die Möglichkeit erhalten, offen, aber auch in einem geschützten Raum miteinander zu reden. Und wir haben gemerkt in Frankfurt: Der Gesprächsbedarf war sehr groß und es gab viele, auch eindrückliche und nachdenkliche Gespräche und Gedankenaustausche. Für manche war es sichtbar eine Befreiung, mal darüber reden zu können“, freut sich Wolfgang Buff.

Aufgrund dieser Erfahrungen will die EAK diese Initiative von Frankfurt fortsetzen und zu weiteren Folgetreffen einladen, kündigt der stellvertretende Vorsitzende des evangelischen Friedensverbandes an. „Viele der Teilnehmer haben uns regelrecht bedrängt, das weiterzumachen und solche Gesprächsrunden wieder anzubieten“, erzählt Wolfgang Buff. Dem wolle die EAK nachkommen. Auch nach Aussetzung der Wehrpflicht gibt es nach wie vor das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung. Hier sind es in erster Linie SoldatInnen, die während ihres Dienstes aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe verweigern. Nach Angaben der Bundesregierung wurden beispielsweise von Mitte 2014 bis Mitte 2016 insgesamt 431 SoldatInnen als Kriegsdienstverweigerer anerkannt, weitere 160 Anträge seien abgelehnt worden, 53 Anträge seien unzulässig gewesen oder zurückgezogen worden.

DIETER JUNKER

Kontakt: Verein für Friedensarbeit im Raum der EKD
Endenicher Str. 41, 53115 Bonn, Tel.: 0228/2 49 99-0
junker@evangelische-friedensarbeit.de

► „Pax Christi und Evangelische Friedensarbeit

Entwicklungsziele statt Aufrüstung finanzieren

Die geplante Verdoppelung der Ausgaben für das Militär in Deutschland bis 2025 kritisieren mehrere kirchliche Friedensorganisationen. Der katholische Pax-Christi-Bischof Heinz Josef Algermissen und der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands, Renke Brahm, fordern von der Bundesregierung ein Umdenken bezüglich der neuen Pläne für das Militär und lehnen außerdem die NATO-Vereinbarung ab, die besagt, dass Mitgliedsstaaten mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für militärische Zwecke verwenden müssen.

Stattdessen berufen sie sich auf die UN-Entwicklungsziele der Agenda 2030, wonach

die Unterzeichner ihren Wohlstand dafür nutzen sollen, den Weltfrieden durch Konfliktbewältigung, Diplomatie und Verhandlungen zu suchen.

„In diesem Sinne sind öffentliche Gelder Ausdruck eines solidarischen Ausgleichs zwischen einem reichen Land wie Deutschland und armen Ländern des globalen Südens“, so die beiden Kirchenvertreter. Die neuen Pläne der Bundesregierung hingegen widersprechen „den notwendigen Bestrebungen nach Deeskalation, Abrüstung und Stopp des internationalen Waffenhandels“.

Kontakt: pax christi - Deutsche Sektion e.V.,
Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin
Tel: 0 30 / 20 07 67 80, sekretariat@paxchristi.de
www.paxchristi.de

Konferenz für Friedensarbeit im Verein für
Friedensarbeit im Raum der EKD e.V.

Endenicher Str. 41, 53115 Bonn, Tel.: 0228/2 49 99 26
nann@evangelische-friedensarbeit.de
www.evangelische-friedensarbeit.de

► Religiöse SozialistInnen



Widerstand gegen Nazis

85 Jahre nach der Übertragung der Macht an die Nationalsozialisten, an den Diktator Adolf Hitler und der Ausschaltung der Demokratie in Deutschland erinnert der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD) an die Tradition christlichen Widerstandes gegen den Hitlerfaschismus. Der BRSD fordert dazu auf, sich die ZeugInnen des frühen Widerstandes gegen die Nazis zum Vorbild zu nehmen und aus den prophetischen Warnungen der Antifaschisten, die damals nicht beherzigt wurden, heute Lehren zu ziehen.

Heute würden die Neonazis im Allgemeinen durch ihre extreme Feindschaft gegen Fremde auffallen. Sie zeichnen Feindbilder von Asylbewerbern, Einwanderern aus der Türkei, so genannten Linken und Menschen jüdischen Glaubens. Sie propagieren einen Staat, in dem Menschen am Rande wie Behinderte, Homosexuelle, Obdachlose und sozial Schwache keinen Platz haben und dem Hass ausgesetzt sind. Ein großer Teil der Neonazis leugnet oder verschleiert die Verbrechen des Nationalsozialismus, speziell den Mord an sechs Millionen Menschen jüdischen Glaubens und einer halben Million Sinti und Roma sowie die Kriegs-Verbrechen.

Der BRSD meint, dass es auch soziale Ursachen für das Anwachsen des Rechtsextremismus gibt und verweist auf die Arbeitsmarkt-Reform über das Arbeitslosengeld II, genannt Hartz IV. Ein zweiter Arbeitsmarkt



OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Für den Jahresbezug erbitten wir einen Unkostenbeitrag als Abogebühr (10,- €) oder eine Spende.

Stiftung Oekumene
Oekumenischer
Informationsdienst

IBAN
DE94 5005 0201
0000 1000 08

Spendenbescheinigungen versenden wir ab 50,- Euro pro Jahr. Dafür bitten wir Sie um Ihre Postanschrift.

war eröffnet. Viele fanden Arbeit. Aber Arbeitslose verloren spätestens nach einem Jahr alle sozialen Ansprüche und waren plötzlich soziale Bittsteller

Wer einmal in Hartz IV landet, hat kaum mehr eine Chance, der Armut zu entkommen. Dreiviertel aller Betroffenen bleiben laut einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbands dauerhaft im Hartz-IV-Bezug. Eine große Zahl von Menschen fühlt sich abgehängt. Und bei vielen Menschen, die in Armut leben, entsteht jetzt leicht Neid gegenüber Flüchtlingen, als bekämen sie zu viel Geld und die Einheimischen zu wenig. Neid umgeht die Frage nach Bedürftigkeit und nach gerechter Verteilung von Einkommen.

Dagegen fordert die christliche Ethik, sich der „Fremden“ anzunehmen, die Schwachen zu unterstützen und sich gegen diejenigen zu wenden, die mit Wut und Eifer die Veränderung und Außerkraftsetzung des Asylrechts betreiben.

REINHARD GAEDE

Kontakt: Bund der Religiösen Sozialistinnen und
Sozialisten Deutschlands - BRSD e.V.
c/o Bundessekretariat, Florian Ihlenfeldt, Kirchberg 3
29525 Uelzen

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern
c/o Michael Kappus
Tölzer Str. 7, D-81379 München

Berlin

Kommunale Oekumene Treptow-Köpenick
Dr. Klaus Wazlawik
Rudower Straße 23, D-12557 Berlin
Tel.: 0 30 / 46 73 45 94
klaus.wazlawik@gmx.de

INKOTA

Chrysanthenenstr. 1-3, D-10407 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 20 82 02-0
Fax: 0 30 / 4 20 82 02-10

Bremen

Fachstelle „Oekumene und Weltverantwortung“ im forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien
Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen
Dieter Lomb, Baunsbergstr. 7
D-34131 Kassel
dieter.lomb@ekkw.de

Niedersachsen

Arbeitskreis Konziliarer Prozeß
Hermann de Boer
Masurenstr. 9b
D-31832 Springe

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.
Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche in der Pfalz
(Protestantische Landeskirche)
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmelsgasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15-0
Fax: 0 62 32 / 67 15-67
info@frieden-umwelt-pfalz.de

Nördliches Rheinland-Pfalz und Saarland

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Dominic Kloos
c/o Pfarrgemeinde St. Franziskus
Fröbelstr. 9, D-56073 Koblenz
www.oekumenisches-netz.de

Rheinland

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.
Erhard Dischler, Kapellen, Immermannstr. 12
D-41516 Grevenbroich
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

Solidarische Kirche im Rheinland

Kirchliche Bruderschaft
c/o Erika Haugg, Mozartstr. 9
D-45478 Mülheim a. d. Ruhr
soki.rheinland@arcor.de

Sachsen-Anhalt

Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum
Am Dom 2
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-4 93
Fax: 03 91 / 53 46-4 90

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum Dresden
Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68
Fax.: 03 51 / 4 92 33 60
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen
MÖWe, Annette Muhr-Nelson, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-72
Fax: 02 31 / 54 09-21
Solidarische Kirche Westfalen-Lippe
Michael Nelson, Geschäftsführer
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg
Tel.: 0 23 73 / 1 76 88 35
muhr-nelson@freenet.de

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg
Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

Oekumenisches Büro Treptow-Köpenick
(interimsweise)
Dr. Klaus Wazlawik, Rudower Str. 23
D-12557 Berlin, Tel.: 0 30 / 46 73 45 94
klaus.wazlawik@gmx.de

Krieg 3.0
Ökumenische FriedensDekade
11. bis 21. November 2018

Bestellen Sie für 25,80 EUR* das FriedensDekade-Gesamtpaket:
Arbeitsheft, CD-R/USB-Stick, Poster, Postkarten, Aufkleber, Gottesdienstwürfe, Leporello mit Friedensgebeten, Aktionsmaterial. *zzgl. Versandkosten

Ökumenische FriedensDekade e.V.
Beller Weg 6
56290 Buch / Hainrück
material@friedensdekade.de

www.friedensdekade.de

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST
Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthener
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart
ecunet@t-online.de

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthener, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08